

Liberia: Ellen in wonderland?

Mehler, Andreas; Smith-Höhn, Judy E.

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Mehler, A., & Smith-Höhn, J. E. (2006). *Liberia: Ellen in wonderland?* (GIGA Focus Afrika, 5). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Afrika-Kunde.

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-276029>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Liberia: Ellen in Wonderland?

Andreas Mehler und Judy Smith-Höhn

Am 10. Mai veröffentlichte die Regierung Liberias ihren ersten Finanzbericht, der eine erhebliche Zunahme der Staatseinnahmen ausweist. Mehr als 100 Tage Amtszeit von Ellen Johnson Sirleaf, der ersten Präsidentin Afrikas, sind vorüber. Einige Erfolge sind sichtbar.

Analyse

Das zurückliegende Jahr war ein vergleichsweise friedliches für das geschundene westafrikanische Land. Schneller als erhofft kommen nun aber einige bittere Realitäten ans Tageslicht: Reformbremsen in der Elite, Überschuldung, Arbeitslosigkeit und fortbestehende Sicherheitsprobleme. Ein Rückfall in den Gewaltkonflikt ist noch immer nicht ausgeschlossen.

- Die Auslieferung von Expräsident Charles Taylor an den Special Court in Sierra Leone setzt die Themen Justizreform, Vergangenheitsbewältigung und Verquickung der neuen Elite mit dem Warlord-Regime auf die Agenda – schneller als es vielen lieb ist.
- Das einem Protektorat recht ähnliche System der UN-Verwaltung befriedigt einige Grundbedürfnisse, schafft aber weder Arbeitslosigkeit noch Sicherheitsrisiken aus der Welt.
- Die massive Intervention von außen hat die Voraussetzungen zur Beendigung des Bürgerkrieges geschaffen, gerät aber bei der „Rekonstruktion“ des Staates in innere Widersprüche. Die Übernahme von Verantwortung durch liberianische Institutionen ist leichter gefordert als umzusetzen. Die Außensteuerung wird zu einem innenpolitischen Problem.

Keywords: Liberia, Postkonfliktländer, innere Sicherheit, Taylor-Prozess, UN-Intervention, afrikanische Diplomatie

1. Der „Tränensee“, eine geschichtliche Einordnung¹

Als Kolonie befreiter Sklaven afrikanischer Abstammung aus den USA stand Liberia zunächst unter US-Gouverneursverwaltung. Liberia erhielt seine Unabhängigkeit 1847 und wurde z. B. durch die Hansestädte Hamburg, Lübeck und Bremen schnell anerkannt (1856).² Politisch und wirtschaftlich dominierten die in den USA geborenen Afrikaner und ihre Nachkommen das politische Geschehen, obwohl sie nur einen Bruchteil der Bevölkerung ausmachten. Der blutige Militärputsch durch Samuel Doe im April 1980 setzte dieser Vorherrschaft ein Ende.

Der Putsch war die Konsequenz jahrzehntelanger Exklusion der „indigenen“ Bevölkerung. Aber es sollte kaum besser werden: Das Doe-Regime agierte bald nicht sehr viel anders als die Vorgängerregierungen und rekrutierte ziviles und militärisches Schlüsselpersonal aus nur zwei ethnischen Gruppen (Krahn und Mandingo). 1989 zettelte Charles Taylor mit seiner *National Patriotic Front of Liberia* (NPFL) eine militärische Rebellion an. Binnen kürzester Zeit kontrollierte die NPFL 95 % des Landes, konnte aber die Hauptstadt Monrovia nicht einnehmen, weil dies von Truppen der *Economic Community of West African States* (ECOWAS) verhindert wurde. 1992 begann Taylor mit einer weiteren Belagerung der Hauptstadt. Der folgende Bürgerkrieg kostete über 200.000 Menschen das Leben und drohte die gesamte Region Westafrika zu destabilisieren. Hektische Diplomatie setzte ein, aber erst das 14. Friedensabkommen schien Erfolg zu haben: Die 1997 als Teil des Abkommens durchgeführten Wahlen konnte Taylor mit 75 % der Stimmen für sich entscheiden; seine wichtigste Konkurrentin war Ellen Johnson-Sirleaf. Als besonders wirksam galt seine Androhung, den Krieg fortführen zu wollen, sollte er die Wahl verlieren. Ein ganzes Volk wurde als Geisel genommen.

Taylor herrschte autoritär und unter der Maxime der Selbstbereicherung. Die unter Doe dominierenden Ethnien der Krahn und Mandingo wurden zur Seite gedrängt. Die kleine Bildungs-

elite hatte die Wahl zwischen Auswanderung und Kooperation. Schnell entstanden neue Konflikte zwischen Taylors Regierungsarmee und neuen Rebellengruppen: den von Guinea unterstützten *Liberians United for Reconciliation and Democracy* (LURD) und später der *Movement for Democracy in Liberia* (MODEL), die von den neuen Machthabern der Côte d'Ivoire Unterstützung erhielt. Zwei Jahre nach den Wahlen herrschte erneut Bürgerkrieg. Derweil schlug Taylor aus diversen Geschäften mit Diamanten und Tropenholz persönlichen Profit. Die jahrelangen Kämpfe eskalierten im März 2003, als die LURD in einer Offensive bis zehn Kilometer an Monrovia vorrückten.

Diese neuen Gefechte forderten über 10.000 Opfer. Die ECOWAS organisierte Friedensgespräche in Zusammenarbeit mit einer Internationalen Kontaktgruppe.³ Trotz eines Waffenstillstandes nahmen die LURD im Juli 2003 fast ganz Monrovia ein. Eine große Zahl von Demonstranten bat die US-Regierung, die ein Kriegsschiff vor der Küste Monrovias stationiert hatte, um Hilfe. Diese reagierte zunächst hinhaltend. Daraufhin entsandte die ECOWAS erneut eine Friedenstruppe nach Liberia. Taylor wurde mittels „afrikanischer Diplomatie“ zur Ausreise gezwungen und fand Asyl in Nigeria. Wenn Gott es wolle, werde er zurückkehren, sagte er kurz vor seinem Abflug am 11.8.2003. Das klang in vielen Ohren nach einer kaum verhohlenen Drohung. Sieben Wochen später trat die *United Nations Mission in Liberia* (UNMIL) mit anfangs 15.000 Soldaten ihren Dienst an. Erst jetzt trat eine Stabilisierung ein.

Im Mai 2006 befehligt die UNMIL rund 16.000 Uniformierte (einschließlich 205 militärischen Beobachtern und etwa 1.028 Polizisten). Hinzu kommen über 500 internationale und mehr als 800 nationale zivile UN-Mitarbeiter sowie 242 UN-Freiwillige. Angesichts der wichtigen Rolle der UNMIL im politischen Geschehen behaupten manche Beobachter, Liberia sei im Grunde genommen ein UN-Protectorat.⁴ Aus eigener Kraft konnte sich das Land bisher jedenfalls nicht aus dem „Tränensee“ befreien.

¹ „Pool of Tears“ ist ein Kapitel aus Lewis Carolls „Alice im Wunderland“: Alice droht in ihren eigenen Tränen zu ertrinken und führt schließlich sich und andere Geschöpfe entschlossen aus dem Tränensee.

² Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag, unterzeichnet am 29.5.1855, Austausch der ratifizierten Verträge am 13.5.1856.

³ Zu den Mitgliedern der Kontaktgruppe zählen neben der ECOWAS auch die UNO, die African Union (AU), die EU, Frankreich, Großbritannien, die USA, Ghana, Marokko, Nigeria und Senegal.

⁴ So z. B. Wolf-Christian Paes 2005a, S. 97.

2. Wunderland Liberia?

Nach Jahrzehnten von Instabilität und Krieg, Ausbeutung und Misswirtschaft soll Liberia also ein respektables, „normales“ Land mit einem funktionierenden Staatsapparat werden? Das dürfte schwierig werden. Aber es ist dies die Ambition der internationalen Gemeinschaft.

Das Vertrauen der Geber in die Übergangsinstitutionen war sehr begrenzt. Um Korruption einzudämmen und eine sinnvolle Wirtschaftspolitik zu betreiben, wurde das *Governance and Economic Management Assistance Program* (GEMAP) aus der Taufe gehoben (Sept. 2005). Das GEMAP beinhaltet die vollständige Aufsicht für die Dauer von drei Jahren. Zahlreiche internationale Experten übernahmen Schlüsselposten in der Verwaltung. Ein *Economic Governance Steering Committee* (EGSC) tagt zwar unter Vorsitz des Staatspräsidenten (und nun der -präsidentin), aber African Union, ECOWAS, IWF, Weltbank und UN sind Mitglieder des Komitees. Sowohl die Zentralbank, als auch die fünf wichtigsten staatlichen Einrichtungen, in denen Einnahmen generiert werden, stehen unter Aufsicht.⁵ Die gewählte Regierung scheint das GEMAP zu akzeptieren, aber Intellektuelle kritisieren das Programm als neuen Kolonisierungsversuch.

Das Land ist hoch verschuldet und nicht kreditwürdig. Ohne massive Entwicklungshilfe könnten nicht einmal die notwendigsten Infrastrukturen wieder aufgebaut werden. Und innerhalb kürzester Zeit entstand ein riesiger Apparat paralleler Geberstrukturen. Neben praktisch allen UN-Agenturen öffneten bilaterale staatliche Partner, EU und Nichtregierungsorganisationen ihre lokalen Büros.

Die schließlich am 11.10. und 8.11.2005 durchgeführten Wahlen wären ohne die UNMIL nicht zu organisieren gewesen. Eine nationale Wahlkommission war zwar formal mit der Vorbereitung der Wahlen betraut, aber vollständig auf die politische und finanzielle Unterstützung der USA, der EU und der ECOWAS angewiesen.

Die Wahlen sollen eine neue Phase einleiten. Der daraus hervorgehenden neuen Regierung sollen mehr Prärogativen eingeräumt werden. Mit demokratischer Legitimität gewappnet, soll eine neue Elite die Zukunft gestalten. Wie realistisch

⁵ Dies gilt für die Hafenebehörde, die Forstbehörde, das Büro für maritime Angelegenheiten, den internationalen Flughafen Robertsfield und die Petroleum Refining Corporation.

ist das? Fast alle positiven Wendungen der letzten Jahre kamen aus dem Ausland. Die Liberianer werden aber bald aufgefordert sein, das Ruder selbst zu übernehmen.

3. Der „Ellen-Faktor“

Die Hoffnungen richten sich in erster Linie auf die Staatspräsidentin, die am 16.1.2006 die Amtsgeschäfte übernahm. Der Vertrauensvorsprung war zunächst enorm. Dies lag nicht zuletzt an den ersten fairen Wahlen, die das Land erlebt hat.

In der ersten Wahlrunde (11.10.2005) waren 22 Kandidaten angetreten. Bei einer Wahlbeteiligung von 75 % erzielte der Kandidat George „Oppong“ Weah, ein ehemaliger internationaler Fußballstar, etwa 28 % der Stimmen, während Ellen Johnson-Sirleaf mit ca. 20 % den zweiten Rang belegte. Ein zweiter Wahlgang mit den beiden Bestplatzierten wurde notwendig. Zwischen den Wahlgängen wurden Allianzen gebildet und der Wahlkampf wurde forciert. Die Stichwahl kannte eine klare Siegerin: Johnson-Sirleaf erreichte 59,4 % der Stimmen. Der Wahlverlierer Weah hatte zunächst Schwierigkeiten, das Ergebnis zu akzeptieren. Zu seinen Anhängern wurden viele Jugendliche (nicht wahlberechtigt) und ehemalige Kämpfer gerechnet, die zwar lautstark und mitunter gewalttätig agierten, aber keine Mehrheiten zustande brachten.

Die siegreiche Kandidatin hatte andere Qualitäten vorzuweisen. Als intime Kennerin der liberianischen Elite, ausgestattet mit hoher formaler Bildung und internationaler Erfahrung (UNDP, verschiedene Banken), stand sie für Kompetenz, Erfahrung und Respektabilität. Ihr brachten die Liberianer – und internationale Partner – beträchtliches Vertrauen entgegen. Darüber geriet schnell in Vergessenheit, dass auch die neue Präsidentin Anfang der 1990er Jahre mit Taylor sympathisiert hatte und auch bei der Stichwahl Unterstützung aus dem Taylor-Lager genoss.

Die zeitgleich stattfindenden Wahlen zu beiden Kammern des Parlaments waren ungleich problematischer. Das Hauptgewicht der Aufmerksamkeit lag klar auf der Präsidentenwahl. Nur so ist erklärlich, dass Hauptbeteiligte im Bürgerkrieg und sogar Personen auf der UN-Reiseverbotsliste – mithin vermutliche Kriegsverbrecher – sich bewerben konnten und zum Teil gewählt wurden. Zu den neuen Senatoren gehört Prince Johnson,

der im September 1990 bekannt wurde, als er der von ihm angeordneten Folter und Ermordung des Präsidenten Samuel Doe beiwohnte und sich dabei auch noch filmen ließ. Gerüchteweise soll der mittlerweile ausgebildete Priester Bürger bedroht haben, damit sie ihn wählen, aber das ist schwer zu beweisen. Die Exfrau des Potentaten, Jewel Howard Taylor, wurde ebenfalls zur Senatorin gewählt, noch bevor sie sich von ihrem Mann scheiden ließ. Auch Adolphus Dolo („General Peanut Butter“), einer der Kommandeure Taylors, wurde zum Senator gewählt. Edwin Snowe, ehemals enger Mitarbeiter Taylors und Direktor der Liberia Petroleum Refining Company in der Übergangsregierung, schaffte es sogar, sich zum Parlamentsvorsitzenden wählen zu lassen, obwohl ihm in der Öffentlichkeit Korruption zur Last gelegt wurde. Daher kann als wichtiger „Webfehler“ des Friedensabkommens angesehen werden, dass mutmaßliche Kriegsverbrecher nicht daran gehindert wurden, bei Wahlen anzutreten. Natürlich wurden auch unbescholtene und engagierte Kandidaten gewählt. Aber es fehlt diesen an Einfluss auch innerhalb der beiden Kammern. Und die Präsidentin hat in keiner Kammer eine eigene Mehrheit.

Schwierig zu erklären ist es allerdings nicht, dass sich „Personen mit Vergangenheit“ an Schaltstellen wiederfinden. Es gibt kaum Elitemitglieder, die nicht irgendwann in Regierung, Administration oder parastaatlichen Unternehmen gearbeitet hätten. Daher sind nur wenige zu 100 % „sauber“. Es gehört zu den Lebenslügen des internationalen Postkonfliktengagements, eine „Stunde null“ zu postulieren. Liberia ist hier keine Ausnahme.

4. Fortbestehende Sicherheitsprobleme

Die Übergangsregierung stand Ende 2003 vor einem Scherbenhaufen, den sie offensichtlich nicht aufzuräumen gedachte. Das galt ganz besonders für den zusammengebrochenen Sicherheitsapparat. Die Kontrolle von Liberias Grenzen wurde von externen Akteuren gewährleistet.

Die innere Sicherheit fiel zunächst auch ins Mandat der UNMIL-Truppen. Trotz ihrer stattlichen Zahl ist ihnen eine ständige flächendeckende Präsenz unmöglich. Sichtbar ist die UNMIL nur auf den Hauptachsen Monrovias, schon in den abgelegeneren Vierteln der Hauptstadt wird diese Präsenz brüchig. Dennoch wird die internationale

Einsatztruppe als der wichtigste Garant von Sicherheit wahrgenommen.⁶

Wie steht es um die Rolle der lokalen Akteure? Der Staat konnte während des Bürgerkrieges kein Gewaltmonopol behaupten, zudem ist zweifelhaft, ob er ein solches jemals hatte. Dies hat sich bis heute nicht geändert. Die alten nationalen Sicherheitskräfte waren nicht in der Lage, für Ordnung und Sicherheit der Bürger zu sorgen. Sie wurden daher aufgelöst und werden zurzeit neu aufgebaut. Gegenwärtig gibt es eine Fülle internationaler, staatlicher, privater und gemeinschaftlicher Einrichtungen, die für eine labile Sicherheit sorgen.

Charakteristisch für eine frühe Postkonfliktphase ist das Engagement der internationalen Akteure auf dem Gebiet der Polizeiarbeit. Einerseits trainieren und unterrichten auswärtige Experten die *Liberia National Police* (LNP), andererseits ist der Polizeidienst durch mangelnde Ausrüstung und fehlendes Personal gekennzeichnet, so dass die lokale Polizei nicht in der Lage ist, selbstständig für Sicherheit zu sorgen. Diese Lücke wird zum Teil von Bürgerwehren – *Community Watch Teams* (CWT) – gefüllt, die Verantwortung für den Schutz ihrer Gemeinschaft übernehmen. Bürger mit entsprechenden finanziellen Möglichkeiten können darüber hinaus private Sicherheitsfirmen zum Schutz von Eigentum und Geschäftsräumen beschäftigen.

In den Augen der Einwohner Monrovias ist es insbesondere die UNMIL, die für Sicherheit sorgt. Entsprechend antworteten 77,8 % der Befragten⁷ auf die Frage nach den wichtigsten Akteuren für ihre persönliche Sicherheit.⁸ Am zweithäufigsten wurde die LNP genannt (18,4 %), danach folgt mit weitem Abstand die Armee.

Die Tatsache, dass ein externer Akteur als zentraler Sicherheitsgewährleister genannt wird, wirft ernst zu nehmende Fragen auf: Wie lange muss

⁶ Das ergaben eine Umfrage und weitere vertiefende Gespräche mit Liberianern und Experten vor Ort als Teil des Projektes „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone“. (Das Projekt wird größtenteils von der Deutschen Stiftung Friedensforschung finanziert.)

⁷ 500 Befragte in Monrovia, 100 in Buchanan und 100 in Tubmanburg. Bessere Ergebnisse einer Umfrage mit 800 Personen landesweit (auf etwas anders gestellte Fragen) veröffentlichte die UNMIL im April 2006. Siehe <http://www.un.org/Depts/dpko/missions/unmil/pr48.pdf>.

⁸ Es handelte sich um eine offene Frage, Antwortoptionen waren nicht vorgegeben.

die UN-Mission vor Ort bleiben? Wann und wie soll die Verantwortung für die nationalen Sicherheit an die lokalen Sicherheitsinstanzen übergeben werden? Wie sicher können die Bürger des Landes und die Geber sein, dass die ausgebildeten Polizisten und Soldaten wirklich die Fähigkeit und den Willen besitzen, ihren Aufgaben nachzukommen?

Zuvor stellt sich eine aktuelle Frage: Wie sicher ist Liberia heute? Nach unseren Umfragen in der Hauptstadt Monrovia, wo die Präsenz der UNMIL besonders sichtbar ist, bewerten die Bewohner die Situation zwar weitgehend positiv, aber längst nicht so eindeutig, wie sich das die UNMIL wohl erhoffen würde:

In your opinion, how safe is the country today?

Not safe at all	10,7 %
Fairly unsafe	27,5 %
It's okay	41,0 %
Very safe	20,8 %

Auch im Vergleich zu den letzten Tagen des Bürgerkrieges gibt es wie erwartet klare Verbesserungen, allerdings werden auch hier nicht von allen „Höchstnoten“ verliehen:

Compared to the last war, how safe is the country today?

Much worse	2,6 %
Worse	4,5 %
No change	6,4 %
Somewhat better	52,2 %
Much better	34,3 %

Die von uns mit lokalen und internationalen Beobachtern geführten Interviews ergänzen dieses Bild und zeigen, dass es zu früh ist, an einen Abzug der UN-Mission zu denken. Die Sicherheitslage wird auch von vielen Experten weiterhin als hoch prekär eingeschätzt.⁹

5. Der Taylor-Prozess und die vielfältigen Konsequenzen

Die Nachricht von der Festnahme Taylors am 29. März 2006 in Nigeria sandte Schockwellen nach

⁹ Interviews in Monrovia (11/2005-2/2006), darunter mit zahlreichen UNMIL-Verantwortlichen.

Liberia und in die Nachbarstaaten. Die Macht der Bilder war gewaltig: Taylor ist noch am selben Tag in Handschellen auf dem Flughafen Robertson bei Monrovia zu sehen, dann besteigt er einen Helikopter und wird nach Sierra Leone an den dortigen internationalen Sondergerichtshof gebracht. Wenig später erscheint er vor Gericht (3. April). Der Diktator war nur für sehr kurze Zeit zurück in seinem Heimatland. Denn er ist wegen insgesamt elf Verbrechen im Nachbarland angeklagt – nicht in Liberia. Für einen Augenblick schien sich die Geschichte zu beschleunigen, kaum ein Liberianer hätte geglaubt, dass dies geschehen könnte.

Ellen Johnson-Sirleaf hätte das heikle Thema am liebsten nicht aufgegriffen. Die Auslieferung Taylors wurde von ihr nicht als vordringliches Anliegen dargestellt. Offensichtlich befürchtete sie erhebliche Unruhe vor allem in der Elite, die den Exdiktator, mit dem so viele kooperiert hatten, am liebsten vergessen will. Auf einer Reise zum UN-Sicherheitsrat und nach Washington änderte sich diese Position. Offenbar wurde sie dort unmissverständlich dazu aufgefordert, von Nigeria die Auslieferung zu verlangen. Es galt nicht gerade als geschickt, dieses Ersuchen noch auf fremdem Boden in Washington anzukündigen (21.3.2006); die Enge der Handlungsspielräume wurde nur zu deutlich.¹⁰ Nigerias Präsident Obasanjo galt bis dato auch nicht als Freund einer Festnahme Taylors, dessen Asyl er ermöglicht hatte, um den Bürgerkrieg in Liberia schnellstmöglich zu beenden. Auch auf Obasanjo muss erheblicher Druck aus den USA gelastet haben, um ihn von einer anderen Position zu überzeugen. Die Zeichen der Zeit erkennend, wollte sich Taylor nun aus einem Gastland retten, das ihm zweieinhalb Jahre einen durchaus angenehmen Aufenthalt verschafft hatte. Wäre Taylors Flucht über die Grenze nach Kamerun gelungen, hätte der Gesichtsverlust in Washington kaum wieder gutgemacht werden können. Dass es einem über erhebliche Mittel verfügenden Exdiktator im hoch korrupten Nigeria nicht gelang, seine Flucht zu erkaufen, zeigt, dass

¹⁰ Die Präsidentin wird mit den Worten zitiert: „I wish we had the luxury of time on this issue, but it's become an impediment to our being able to move forward.“ In einem Interview gestand sie ein: „We also are facing, you know, pressure – I must use that word – from the UN, from the U.S., from the European Union, who are all our major partners in development, on the need to do something about the Charles Taylor issue.“ http://www.pbs.org/newshour/bb/africa/jan-june06/liberia_3-23.html (Zugang 6.5.2006).

die Staatsführung mit allem Nachdruck auf seine Festnahme gedrungen hatte (möglicherweise ihm aber zuvor die Flucht ermöglichen wollte).¹¹

Die Konsequenzen des gesamten Vorgangs sind noch unklar. Einerseits steht fest, dass die Verhaftung ein starkes Signal an Warlords und Präsidenten sendet, dass sie mit schweren Menschenrechtsverletzungen nicht mehr durchkommen werden und sich somit auch Kriegstreiberei nicht mehr lohnt. Unsere Gesprächspartner in Sierra Leone bestätigten diese klare Botschaft. Andererseits ist der Vorgang ein ganz heißes Eisen vor allem für Liberia selbst, denn viele ehemalige Kampfgenossen Taylors sind auch heute noch sehr gut etabliert – man denke an die vorgenannten Senatoren und Abgeordneten. Außerdem erkennen einige Beobachter eine Schwächung der „afrikanischen Diplomatie“: Wer wird künftig noch ein „goldenes Exil“ als Ergebnis von Friedensverhandlungen akzeptieren, wenn es eine spätere Auslieferung nicht ausschließt? Damit könnte der Kampf bis zum bitteren Ende und zusätzliches Leid für die Zivilbevölkerung eine häufiger gewählte Option werden. Dieses Dilemma ist nicht aufzulösen. Vieles spricht für die präventive Wirkung harter Abschreckung.

Aber die Diskussion macht hier nicht Halt. Über den Prozess gegen Taylor in Sierra Leone wurde sofort im Hinblick auf die regionale Dimension spekuliert. Schließlich ist mit Geld in einer Subregion viel anzustellen, in der es an vielem mangelt, nur nicht an arbeitslosen jungen Männern. Der Blick geht nach Côte d'Ivoire und Guinea, beide Staaten sind in einer fragilen Situation. Taylor hat Verbindungen in beide Staaten. In Burkina Faso schließlich hatte Taylor lange Zeit einen wichtigen Verbündeten: Präsident Compaoré hat in so ziemlich jedem Konflikt Westafrikas mitgemischt. Den meisten Staatspräsidenten der Region käme es daher sehr zupass, wenn Taylor weit weg, in Den Haag abgeurteilt werden würde.

Nachdem genau dies der Special Court in Sierra Leone beantragt hatte (30. März),¹² entwickelte sich rasch eine kontroverse Debatte. Als Argument für die Verlegung wurde die lokale Sicherheitsla-

ge genannt. Würde man den Prozess tatsächlich nach Den Haag verlegen, ginge auch ein Teil der politischen Wirkung verloren. Einige afrikanische Stimmen sind schon zu hören, die sagen: Die Weißen urteilen unsere Verbrecher ab – oder aber gar: „Euro-America has no respect for Africa.“¹³ Taylors Verteidigung brachte weitere Argumente vor: Zeugen und Verwandte müssten sehr weit transportiert werden. Das hieß aber einmal mehr enorme Kosten für den Special Court, die schon jetzt angesichts der lokalen Armut obszön wirken.

Zweifel bestehen ferner, ob dieser Prozess überhaupt zu gewinnen ist: Einmal kann das Sondergericht nur Taten seit 1996 aburteilen, und es mag sein, dass Taylors frühere Aktionen in Sierra Leone besser zu belegen sind als spätere. Weiterhin kann es äußerstenfalls darum gehen, Taylor nachzuweisen, dass er Befehle gegeben hat. Seine wichtigsten Verbündeten, Foday Sankoh und Sam Bockarie („Maskita“), sind jedoch tot; damit könnten wichtige Belastungszeugen fehlen.

Wenn der Prozess zu Taylors Verbrechen in Sierra Leone platzt, braucht man aber in Liberia schnell einen Special Court und eine entsprechende Anklage, sonst ist der Diktator bald auf freiem Fuß. An ein unabhängiges nationales Gericht in Monrovia glaubt derzeit keiner. Das Justizsystem liegt am Boden (ICG 2006), die Hälfte der Richter im ländlichen Raum sind nach UNMIL-Angaben Analphabeten (Ellis 2006). Vor fast einem Jahr hat das Übergangsparlament eine Wahrheits- und Versöhnungskommission auf dem Papier geschaffen, ein Kriegsverbrechertribunal wurde dagegen von den Abgeordneten abgelehnt. Der fortdauernde Einfluss von Milizführern im Parlament in Kombination mit dem Fehlen kompetenter Richter lässt die Aussicht auf einen ordentlichen Prozess gegen Taylor in Liberia schwinden. Sollte Taylor am Ende ein freier Mann sein, dann könnte er sich fürchterlich rächen. Schon in Gefangenschaft gilt Taylor als gefährlicher Mann: Er kann sehr unangenehme Dinge ausplaudern und verfügt weiter über Einfluss bei potenziellen Störern des Friedensprozesses. Würde die „internationale Gemeinschaft“, allen voran die USA, nun ein Sondergericht für Liberia schaffen, hieße dies aber erneut, dass deren Wille sich gegen lokale Politiker durchsetzen kann.

¹¹ Africa Confidential, 14.4.2006.

¹² Die Einrichtung des Special Court wurde von Großbritannien und den USA initiiert und bislang auch weitgehend finanziert. Ein Aspekt war die Untergrabung des abgelehnten Internationalen Strafgerichtshofs. Die Widersprüche zwischen Sondergericht und Wahrheits- und Versöhnungskommission sind nicht zu übersehen.

¹³ New African, May 2006, S. 8.

6. Arbeitslosigkeit

Hinzu kommen ökonomische Herausforderungen. Liberia bleibt auch nach dem Ende der gewaltsamen Konflikte eines der ärmsten Länder der Welt und wird weiter in hohem Maße auf die finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft angewiesen sein. Im Augenblick ist nicht abzusehen, dass Liberia seine Wirtschaft wieder aufbauen kann. Die Kautschukproduktion hat stark gelitten, die verlassenen Eisenerzminen könnten nur mit erheblichen Neuinvestitionen wieder produktionsfähig gemacht werden.¹⁴ Dagegen führte der Handel mit wild geschlagenem Holz und illegal abgebauten (bzw. aus Sierra Leone geschmuggelten) Diamanten zu einer zunehmenden Kriminalisierung der Wirtschaft. All dies erschwert Versuche, die Infrastruktur aufzubauen, die Landwirtschaft anzukurbeln, die Export- und Agrarproduktion wieder zu beleben und damit die Grundlage für auswärtige Investitionen zu schaffen. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung die Korruption bekämpfen kann und ob mit einer Neuausrichtung der Holzindustrie die bestehenden UN-Sanktionen gegen den Export dieses wichtigen Rohstoffs wieder aufgehoben werden. Ohne wirtschaftliche Perspektive bleibt auch die Jugendarbeitslosigkeit langfristig ein struktureller Konfliktfaktor (geschätzt werden eine Arbeitslosenrate von 85 % bei einem jährlichen Durchschnittseinkommen von US\$ 115 pro Kopf).

Nahezu drei Jahre nach Beendigung des Krieges ist die liberianische Regierung unfähig, ohne die Unterstützung externer Akteure effektiv zu regieren. Der massive Zufluss externer Gelder hat möglicherweise die Motivation geschwächt, eigene Ressourcen sinnvoll einzusetzen. Das GEMAP entzieht der Regierung hierzu sogar teilweise das Mandat. Ein tief greifender Wandel wird aber nur aus der eigenen politischen Verantwortung erwachsen, er kann von außen bestenfalls unterstützt werden. Die mehrheitlich wohlmeinenden Intentionen der Gebergemeinschaft könnten am Ende sogar kontraproduktiv sein.

Das politische System ist keineswegs konsolidiert, die Demokratie ist höchstens oberflächlich eingeleitet. Und die Einbindung von Taylor-Unterstützern in die neuen republikanischen Institu-

tionen Liberias lassen den Staat als fragiles Gebilde erscheinen. Die Erwartungen der Bevölkerung an einen funktionierenden staatlichen Sicherheitsapparat sind hoch, lassen sich aber in absehbarer Zeit nicht erfüllen. Es wäre also wirklich ein Wunder, könnten diese komplex miteinander verzahnten Probleme innerhalb kurzer Zeit gelöst werden.

7. Schlussbetrachtung

Die Hypothesen für eine friedliche Entwicklung Liberias bleiben alles in allem weiterhin hoch. Auch wenn man konzidiert, dass die UNMIL bislang in vielem erfolgreich war, nicht zuletzt bei der Organisation von Wahlen, kann eine mittel- und langfristige Stabilisierung nur bedingt von außen erfolgen. Gefahren bestehen auch darin, dass sich der Eindruck einer Quasitreuhandlung über den Wahltag hinaus verfestigt. Die kurz- und mittelfristigen Folgen internationaler Intervention können mithin stark divergieren. Wenn Liberia (nach Sierra Leone) aus der internationalen Obhut entlassen werden soll, ohne erneut in schwere bewaffnete Konflikte zurückzufallen, bedarf es neuer Strategien, die sehr viel mehr politischer als allein technischer Natur sein müssen. Die Anerkennung politischer und sozialer Realitäten ist geboten: im Bereich der Herstellung von Sicherheit, bei der politischen Konsensfindung und bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen. Die Mehrzahl der Liberianer will einen funktionierenden Staat nach westlichem Muster. Aber eigentlich besteht diese Option zur Zeit nur scheinbar, und UN-Friedensmissionen nähren diese Chimäre. Frustrationen können so gar nicht ausbleiben; es ist besser, sie allmählich als auf einen Schlag eintreten zu lassen. Das hieße aber, dass der Regierung schneller mehr Handlungsspielraum eingeräumt wird, auf die Gefahr hin, dass Fehler gemacht werden. Und die Elite muss selbst diskutieren können, wie sie zur Causa Taylor steht. Die UNMIL sollte sich stärker auf Sicherheitsfragen konzentrieren und gleichzeitig prüfen, mit welchen Bürgerwehren und CWTs sie zusammenarbeiten kann. Realistischerweise wird „community policing“ künftig ebenso wichtig sein, wie eine halbwegs funktionierende Polizei.

¹⁴ Hier hat sich im letzten Jahr mit dem weltgrößten Stahlproduzenten Mittal Steel ein potenter Investor gefunden. Allerdings wird die Aufnahme von Exporten nicht vor 2007 erwartet.

■ Literatur

- Ellis, Stephen (2006): Liberia, in: Mehler, Andreas / Melber, Henning / Walraven, Klaas van (Eds.): Africa Yearbook 2005. Politics, Economy and Society South of the Sahara, Leiden/Boston, (im Druck).
- International Crisis Group (2005): Liberia's Elections. Necessary but not Sufficient, ICG Africa Report No° 98, http://www.crisisgroup.org/library/documents/africa/west_africa/098_liberia_s_elections_necessary_but_not_sufficient.pdf.
- International Crisis Group (2006): Resurrecting the Justice System, ICG Africa Report No. 107, Dakar/Brussels.
- Paes, Wolf-Christian (2005a): The Challenges of Disarmament, Demobilization and Reintegration in Liberia, in: International Peacekeeping, 12 (Summer 2005) 2, S. 253-261.

■ Der Autor/die Autorin

Dr. Andreas Mehler ist Direktor am Institut für Afrika-Kunde (IAK), GIGA, Hamburg.
E-Mail: mehler@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/mehler>.
Judy Smith-Höhn, MA, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAK, GIGA, Hamburg.
E-Mail: smith@giga-hamburg.de, Website: <http://staff.giga-hamburg.de/smith>.

■ Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Das IAK führt derzeit das von der Deutschen Stiftung Friedensforschung geförderte Forschungsprojekt „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften unter besonderer Berücksichtigung von Liberia und Sierra Leone“ durch.

■ GIGA-Publikationen zum Thema:

- Mehler, Andreas (2006): The senate, the house and the hut. Talking about security in post-conflict Monrovia, Konferenzpapier für die internationale Konferenz der European Science Foundation „Threatened Trust“, Ethnologisches Seminar der Universität Basel, 9./10.1.2006.
- Smith-Höhn, Judy (2005): The Transformation of Liberia and Sierra Leone, Konferenzpapier für die internationale Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung „Transforming Authoritarian Rentier Economies and Protectorates“, Berlin 21./22.10.2005, Berlin.

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der *GIGA Focus* Afrika wird vom Institut für Afrika-Kunde redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.

Redaktion: Gero Erdmann; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler

Lektorat: Vera Rathje; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German ■ Institute of Global and Area Studies
Institut für Afrika-Kunde

IMPRESSUM